

16. SEP.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 836 890

P/XIV/209 - 16. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite.</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Das Gespräch von Langenargen Von Waldemar von Knoeringen, stellvertretender Vorsitzender der SPD	137
4	Beginn eines Experiments? "Stimme Amerikas" kann in der UdSSR gehört werden	31
5	Regierung und Opposition Zu einer Bemerkung Dr. Gerstenmaiers	41
6 - 7	Noch nicht zu spät zu helfen Afrikas Appell an europäische Solidarität	87

* * *
* * *

Das Gespräch von Langenargen

Von Waldegar von Knoeringen,
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891 enthielt den Satz "Erklärung der Religion zur Privatsache". Trotz dieses eindeutigen Satzes hat innerhalb des Sozialismus die Diskussion über das Verhältnis zur Religion, über das Wesen des Glaubens, über Weltanschauung, nie aufgehört.

Es ist ein weiter Weg von Erfurt bis zu den Formulierungen, die heute im Grundsatzprogramm-Entwurf des Parteivorstandes zu finden sind. Dort heißt es:

"Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben ... Der Sozialismus ist keine Ersatzreligion. Die Sozialdemokratische Partei achtet die kirchlichen Institutionen und die Religionsgemeinschaften. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit ..."

Wenn dieser Vorschlag des Parteivorstandes auf dem Parteitag in Bad Godesberg akzeptiert wird, hat die Sozialdemokratische Partei eine Aussage von grundsätzlicher Bedeutung im Verhältnis zur Religion und zu den Kirchen gemacht, die das Verhältnis des demokratischen Sozialismus zu den Kirchen auf eine höhere Ebene stellen können.

Daß der Parteivorstand diese Formulierung einstimmig beschloß, ist das Ergebnis einer langen, Jahrzehnte zurückreichenden intensiven Auseinandersetzung mit den Grundfragen nach dem Wesen des Menschen, nach seiner Stellung zur Gesellschaft, nach dem Verhältnis Sozialismus zur Metaphysik und zum Glauben. Die Diskussion konnte nur geführt werden in dem ständigen Bemühen, den Wesenskern des demokratischen Sozialismus in unserer Zeit zu erkennen.

Unsere Welt ist im Umbruch. Die Daseinsformen verändern sich. Naturwissenschaft und Technik sprengen den Rahmen aller bisherigen Ordnung. Die Erde wird kleiner mit jedem Tag. Eine Umwälzung ist im Gange, deren Konsequenzen für den Menschen nicht absehbar sind. In dieser gesellschaftlichen und geistigen Krise ringt der demokratische Sozialismus darum, daß Menschenwürde und Freiheit nicht in einer perfektionierten Welt versinken, sondern die hohe Form einer Ordnung durch den an humanistischen Werten sich orientierenden Willen der Menschen geschaffen werde. Es ist natürlich, daß dabei das Verhältnis des demokratischen Sozialismus zu den geistigen Mächten der Zeit im Vordergrund steht. Darum muß auch der Sozialismus heute Berührung mit solchen Mächten suchen, sich mit ihnen auseinandersetzen und seinen Standort immer neu bestimmen. Aus dieser Haltung heraus kamen auch die Gespräche mit den Kirchen und Vertretern der verschiedenen christlichen und weltanschaulichen Gemeinschaften zustande.

Neben den vielen Vorträgen und Erörterungen, die über das Verhältnis "Christentum und Sozialismus" im engen Kreise geführt wurden, waren es vor allem die Gespräche, die auf Arbeitstagungen und im Rahmen von Akademien zustande kamen. Neben den Tagungen der Evangelischen Akademien hat im letzten Jahr besonders das Gespräch auf der Katholischen Akademie in Bayern unter dem Thema "Christentum und demokratischer Sozialismus" in der Öffentlichkeit große Beachtung gefunden.

*

Eine Fortsetzung dieser Gespräche erblicken wir in der soeben zu Ende gegangenen Wochenend-Tagung der Sozialistischen Bodensee-Internationale, die in Langenargen durchgeführt wurde. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen und Einsichten haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Sozialistische Partei Österreichs und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz zu einer grundsätzlichen Erörterung über das Thema "Demokratischer Sozialismus und katholischer Glaube" zusammengefunden. Hervorragende Vertreter der katholischen Kirche waren an diesem Gespräch beteiligt. Seine Bedeutung liegt in dem ehrlichen Bemühen, das von beiden Seiten für das gegenseitige Verstehen aufgebracht wurde. Das Niveau der Diskussion, die Grundsätzlichkeit der Fragestellungen und das Bemühen um die Suche nach Gemeinsamkeiten und die Klärung der Richtungen, in denen die Wege auseinanderführen, brachte ein brauchbares Ergebnis für beide Seiten.

Von sozialdemokratischer und katholischer Seite wurde mit Offenheit und Sachkenntnis debattiert. Dabei ergab sich, daß es immer wieder dieselben Fragen sind, die die Vertreter der katholischen Kirche an den demokratischen Sozialismus richten. Das sind: Die Vorstellung des demokratischen Sozialismus von der Gesellschaftlichkeit des Menschen, von seiner inneren Seinstruktur, die Frage also nach dem sozialistischen Menschenbild. Ferner die Stellung der Kirche zum Mitsein im Staat, die Anerkennung des Rechts bindender Weisungen an die Gesellschaft, nach denen Katholiken verpflichtet sind, zu handeln, Anerkennung des katholischen Naturrechts, die Frage nach der Gültigkeit des historischen und dialektischen Materialismus.

*

Die sozialdemokratische Seite konnte darauf hinweisen, daß es zahlreiche Äußerungen hervorragender Vertreter der drei Parteien gibt, die eine Antwort auf diese Fragen darstellen. Die grundsatzprogrammatische Erklärung sowohl der österreichischen als auch der schweizerischen Sozialdemokratie sagen darüber Wesentliches aus, und auch die deutsche Sozialdemokratie wird in der Lage sein, bestimmter zu antworten, wenn sie ihr Programm beschlossen hat. Eines jedoch muß anerkannt werden: es ist notwendig, die Fragen, die dem demokratischen Sozialismus zu stellen sind, präzisiert und erschöpfend zu formulieren. Die Antwort sollte ebenso präzise durch verantwortliche Gremien der Partei verbindlich gegeben werden. Die Fragestellungen können jedoch nicht einseitig sein. Auch der demokratische Sozialismus muß wissen, inwieweit der katholischen Kirche die sozialen Ideen, die in den "Enzyklika Quadragesimo Anno" niedergelegt sind, mit Nachdruck auch zu den bindenden Weisungen an die Gesellschaft gemacht werden. Hier vor allen Dingen sieht die Sozialdemokratie den Ansatzpunkt zu Gemeinsamkeiten, die in dem sozial und wirtschaftlichen Bereich dieser Gesellschaft stärkste Auswirkung finden könnten.

Auch in Langenargen ist es erneut deutlich hervorgetreten, daß der Geist des Materialen im wachsenden Maße die freiheitlich-kulturelle Entwicklung des Menschen bedroht. Von der Sicherung dieser Entwicklung hängt auch das Wirken religiöser Gemeinschaften ab. Immer wieder wurde ausgesprochen, daß es um den Menschen und seine Würde geht. Alle Beteiligten in Langenargen waren sich darüber klar, daß es notwendig ist, die Gespräche mit Geduld und Zähigkeit fortzusetzen, und daß man sich nicht abhalten lassen würde, wenn immer wieder Reste einer nicht bewältigten Vergangenheit im Wege liegen.

Die Delegationen der drei sozialdemokratischen Parteien waren fest entschlossen, in dieser Richtung weiterzuwirken und ihren Parteien die Voraussetzungen für noch intensivere und gründliche Gespräche zu schaffen. Bei aller Berücksichtigung des religiösen Charakters der Kirche, ihrer besonderen Stellung im Verhältnis zum Staat und der Öffentlichkeit und Verschiedenartigen, das beim Langenargener Gespräch deutlich wurde, sind wir jedoch überzeugt, daß die Gemeinsamkeiten so groß sind, daß das heute noch bestehende "Nein" der katholischen Kirche dem sozialdemokratischen Selbstverständnis der Jahrhundertwende nicht gegenüber dem demokratischen Sozialismus von heute aufrechtgehalten werden kann. Nach einem Jahrhundert des Mißtrauens und der Gegensätzlichkeit kann man nicht erwarten, daß sich Vertrauen sofort bildet. Das ist eine Frage der Zeit. Aber diese Zeit eilt rasch. Im Zeitalter der Mondraketen gehen die Uren schneller. Die Herausforderung der materiellen Welt steht vor uns.

Der Sozialismus muß seinen Weg suchen. Daher wird er mit allem Nachdruck jedes Gespräch und auch die Gespräche mit der katholischen Kirche fördern in der Absicht, daß sie bald zu Ergebnissen führen, die auch in der politischen Praxis ihren Niederschlag finden können.

Beginn eines Experiments ?

Das Treffen Eisenhower-Chruschtschow hat bereits einen "Nebenerfolg" zu verzeichnen. Die Bürger der Sowjetunion werden ungestört Gelegenheit haben, "Die Stimme Amerikas" in russischer Sprache zu hören. Es geschieht zum ersten Mal seit zehn Jahren, daß amerikanische für die Sowjetunion bestimmte Sendungen in der Sowjetunion selbst nicht als staatsgefährdend gelten. Bisher hatte man in Stalins und Chruschtschows Machtbereich starke Störsender eingesetzt, um zu verhindern, daß amerikanische Auffassungen über die weltpolitische Situation bekannt wurden.

Nun fragt es sich, ob die neue Regelung lediglich als Höflichkeitsgeste für die Dauer des Besuches von Chruschtschow in den USA zu gelten hat, oder ob aus der Abschaltung der Störsender geschlossen werden kann, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auch in Zukunft die gegenseitige Information freier wird als bisher. Dem Vernehmen nach soll anlässlich des Besuches von Nixon in Moskau dieses Thema angesprochen worden sein, ohne daß man hierbei zu einer endgültigen Vereinbarung gelangt wäre. Es heißt jedoch, die Gesprächspartner seien übereingekommen, die Sendungen so zu gestalten, daß sie keine direkten Angriffe enthielten. Vielleicht ist das Abschalten des Störsenders gegen "Die Stimme Amerikas" der Beginn eines Experimentes, das auch auf andere Gebiete angewandt werden könnte.

Man wird sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß während der Genfer Außenminister-Konferenz bei der Diskussion über eine Regelung des Berlinproblems die Frage der wechselseitigen Propagandasendungen ebenfalls eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat. Wenn das Experiment der Großen befriedigend verläuft, könnte vielleicht erreicht werden, daß der kalte Krieg der Weilen abgestoppt wird. Damit wäre schon viel gewonnen, denn oft entstehen Spannungen und gefährliche politische Situationen nur dadurch, daß unkorrekte Informationen die Atmosphäre vergiften.

Regierung und Opposition

sp - Der Präsident des Bundestages, Eugen Gerstenmaier, hat anlässlich des feierlichen Staatsaktes bei der Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten Lübke lobende Worte für die Rolle der Opposition im demokratischen Staat gefunden. Wenn sich, sagte Gerstenmaier, seit dem Bestand der Bundesrepublik ein demokratisches Staatsbewusstsein entwickelt habe, dann sei dies auch der parlamentarischen Opposition zu verdanken.

Das sind goldene Worte. Regierung und Opposition gehören zum demokratischen Staat, sie sind gewissermassen zwei Seiten einer Medaille. Leider wird dieser elementare Tatbestand nicht immer anerkannt. Die von der Regierungsmehrheit gehandhabte Praxis schliesst diese Selbstverständlichkeit nicht immer ein. Die CDU mit ihrem Vorsitzenden Bundeskanzler Adenauer sieht in der Opposition eher einen Staatsfeind als einen mitverantwortlichen Träger des Staates. In Ländern mit alter parlamentarischer Tradition ist es üblich, die Opposition bei der Behandlung von Lebensfragen der Nation zu konsultieren. Das geschieht in den Vereinigten Staaten, das geschieht in Grossbritannien wie auch in Skandinavien. Unser Bundeskanzler jedoch ist ein Gegner solcher selbstverständlicher Gepflogenheiten, er betrachtet die parlamentarische Opposition als ein Übel, das es zu bekämpfen gilt, er verlangt nicht Mitarbeit, sondern Unterwerfung, wie er es im Ürgang mit seiner Partei und seinen Kabinettsmitgliedern gewohnt ist.

Zehn Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik ist eine Entfremdung zwischen Regierung und Opposition eingetreten, die nichts Gutes für die Zukunft erwarten lässt. Die Regierung macht rücksichtslos von ihrer Mehrheit im Parlament Gebrauch, sie unternimmt nicht einmal mehr den Versuch, auf parlamentarischem Boden mit der Opposition um den besten Weg und um bessere Erkenntnisse zu ringen, auch dann nicht, wenn der grössere Sachverstand bei der parlamentarischen Minderheit liegt.

Auf ausserparlamentarischem Boden, gerade bei Wahlkämpfen, wirkt sich die Neigung des Bundeskanzlers, den Staat mit seiner Person und seiner Partei zu identifizieren, noch verhängnisvoller aus. Er stemmelt seine Gegner schleichend zu Verdorbern des deutschen Volkes. In unzähligen Reden hat der Bundeskanzler die Opposition als Vorreiter des Bolschewismus diffamiert, sogar sehr bewusst diffamiert. In einer möglichen Regierungsübernahme der Opposition sieht er einen Sündenfall und einen Schrecken ohne Ende. Der Schatten des Bundeskanzlers vermindert in der Bundesrepublik jenes parlamentarische Wechselspiel, das das tragende Fundament einer lebendigen Demokratie ist.

+ + +

Noch nicht zu spät zu helfen

Eine der eindrucksvollsten Ansprachen auf dem Stuttgarter DGB-Kongreß war die von E.M. KAWAWA, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Tanganyika. In ihr klang die beschwörende Stimme Afrikas, den Völkern dieses Kontinents Freiheit und Souveränität zurückzugeben, um sie in die Lage zu versetzen, ihr staatliches Leben nach eigenem Ermessen aufzubauen. Hier folgt ein Auszug aus dieser Rede:

"Mein Land Tanganyika hat eine bedeutende historische Verbindung mit Eurer Land, denn es war einmal eine deutsche Kolonie. Noch heute erinnern sich meine Landsleute der Redlichkeit, Ehrlichkeit und des arbeitsamen Geistes des deutschen Volkes.

Das heutige Tanganyika ist ein Land wie alle anderen Länder auf dem afrikanischen Kontinent, das schwer kämpfen muß, um seine Unabhängigkeit zu erlangen und sich von der wirtschaftlichen Ausbeutung zu befreien, der es für viele Jahre unterworfen war. Mein Volk ist entschlossen, diesen Kampf zu gewinnen. Doch der heute in Afrika stattfindende politische und wirtschaftliche Kampf ist keine Angelegenheit, die die Afrikaner allein angeht. Er ist ein Aufruf an alle zivilisierten Menschen. Wir erwarten von den Arbeitern der westlichen Welt, daß sie durch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften ihren Brüdern und Schwestern in Afrika helfen, vor denen die meisten heute noch ein Leben führen müssen, das keinesfalls mit der menschlichen Würde zu vereinbaren ist.

Es gibt keine Mindestlohnregelung, und daher erhalten die Arbeiter in den Industrien, die noch nicht von den gewerkschaftlichen Tarifverträgen erfaßt worden sind, Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen. Es gibt bis heute noch eine große Zahl von Arbeitern, die weniger als ein Pfund pro Monat ohne Naturalien oder Wohnungen erhalten. Es gibt keinerlei Sozialversicherung.

Das Erziehungswesen ist in erschreckender Weise im Rückstand. Bis heute können nur vierzig Prozent der afrikanischen Kinder die Schule besuchen - für die übrigen ist kein Platz -, während für Nicht-Afrikaner genügend Schulen für alle Kinder vorhanden sind. Im ganzen Land mit einer Bevölkerung von 8,5 Millionen Afrikaner gibt es nur drei höhere Schulen; außerdem für ganz Ostafrika nur eine Universität, und zwar in Uganda.

Es besteht kein Zweifel, daß unser Land große Reichtümer besitzt. Das Land hat große Gebiete fruchtbareren Landes, die längst noch nicht alle bebaut sind. Unser Land hat zahlreiche Erzeugnisse, wie zum Beispiel Kaffee, Tee, Tabak, Baumwolle, Zucker, Erdnüsse und Sisal. Unser Land hat das reichste Diamantenfeld Afrikas, wenn nicht der ganzen Welt. Wir haben Kohle und Eisenerzlager, Glimmer, Gold und Blei, und noch ist die geologische Beschaffenheit unseres Landes nicht genau erforscht.

Alle großen Industrien, die der Rückhalt unserer Wirtschaft sind, sind zur Zeit in Händen ausländischen Kapitals. Die Afrikaner sind nur eine Quelle billiger Arbeitskräfte. Der größte Teil unserer 8,5 Millionen Menschen lebt als Bauern. Es gibt keine Organisation, die ihnen helfen könnte, die alten Anbaumethoden zu ändern.

Das Volk von Tanganyika fordert nicht die sofortige Unabhängigkeit. Wir wollen nur eine sofortige Verantwortung. Wir wollen unsere inneren Angelegenheiten selbst erledigen. Dann wird es bei uns liegen, zu sagen, wann wir die letzte Stufe der völligen Unabhängigkeit wünschen. Bei dieser Forderung gibt es ohne Ansehen der Rasse und des Glaubens nur Einmütigkeit. Trotz dieser starken Einigkeit verlangt das Volk von Tanganyika sein Recht in friedlicher und freundlicher Weise. Dies ist eine Gelegenheit, die die Engländer nicht verpassen dürfen. Es gibt keine Entschuldigung für sie, wenn sie uns nicht geben, was wir verlangen. Was wir verlangen, ist nur, noch vor Ende dieses Jahres die Selbstbestimmung zu erhalten.

Was heute in Afrika geschieht, ist nicht eine Sorge des afrikanischen Volkes allein. Wir alle in dieser Welt wollen Frieden -, aber wie kann es Frieden geben, wenn ein Teil der Mitglieder unserer menschlichen Gemeinschaft heute noch wie Tiere oder wie Sklaven behandelt wird. Die große Mehrheit der afrikanischen Völker hat nicht einmal das Recht, die eigenen inneren Angelegenheiten zu bestimmen. Wie können sie dann zur Schaffung des Weltfriedens beitragen? Ist dieser Weltfrieden, über den soviel geredet wird, nur zum Nutzen und zum Gefall einiger weniger Mitglieder der großen menschlichen Familie da?

Wenn die Antwort "Nein" ist, dann sagen wir afrikanischen Menschen Euch, den Menschen der fortgeschrittenen Welt, daß, wenn Ihr uns hilflos allein laßt in unserem, unter den barbarischsten Widerständen geführten Kampf um die menschliche Würde, Ihr dann in Eurer moralischen Pflicht gegenüber der Menschheit versagen werdet.

Es ist jedoch für Euch noch nicht zu spät zu helfen. Der Kampf in und der Kampf um Afrika ist in vollem Gange und wird von Tag zu Tag härter.

Wir bitten Euch, uns auf zweierlei Weise zu helfen:

daß unser Kontinent nicht mehr als Schlacht- oder Versuchsfeld für Eure zerstörerischer Erfindungen benutzt wird, und

daß Ihr uns durch Eure Regierungen oder alle anderen Euch zur Verfügung stehenden Institutionen die dringend benötigte Hilfe in dem Krieg gebt, den wir afrikanischen Menschen gegen Armut, Krankheit und Unwissenheit führen".

+ + +